

Antrag 163/I/2020**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gemeinnützigkeit VVN**

1 Die SPD fordert, den Entzug der Gemeinnützigkeit der Ver-
2 einigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der An-
3 tifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e.V.) durch
4 das Finanzamt für Körperschaften 1 des Landes Berlin von
5 amtswegen zu überprüfen und ggf. unter Auflagenertei-
6 lungen zurückzunehmen.

7

8 Begründung

9 Antifaschismus ist gemeinnützig: Unser Einsatz für eine
10 solidarische Gesellschaft ist unteilbar!

11 Öffentliche Erklärung zur Aberkennung der Gemeinnüt-
12 zigkeit für die VVN-BdA und andere Organisationen. Wir
13 verurteilen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für
14 die Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes
15 – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-
16 BdA) durch das Berliner Finanzamt aufs Schärfste. Wir
17 sind beschämt, dass die Auschwitz-Überlebende und heu-
18 tige Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Esther Bejarano die-
19 se Entscheidung erleben muss. „Die Vernichtung des Na-
20 zismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Auf-
21 bau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist un-
22 ser Ziel.“ Dieser Schwur der Befreiten von Buchenwald ist
23 das Fundament der jahrzehntelangen antifaschistischen
24 Arbeit der VVN-BdA und unser Kampf gegen Faschismus
25 ist #unteilbar. Darum sind wir solidarisch mit der VVN-
26 BdA. Die Entscheidung gegen die VVN-BdA ist keine Ein-
27 zelentscheidung. Vielmehr werden die Bewegungsräume
28 für eine politische und demokratisch aktive Zivilgesell-
29 schaft, wie sie sich etwa bei #unteilbar zusammenge-
30 schlossen hat, auch mit Hilfe des Steuerrechts, immer en-
31 ger gesteckt. Belege dafür sind die rigide Auslegung des
32 Gemeinnützigkeitsrechts auch für andere politisch akti-
33 ve Vereine wie attac, Campact oder das Demokratische
34 Zentrum Ludwigsburg. Auch an anderer Stelle beobach-
35 ten wir mit großer Sorge, dass im Zuge der fatalen Um-
36 strukturierung des Programms „Demokratie Leben“ weit
37 über 200 Projekte in ihrem Kampf für eine vielfältige Ge-
38 sellschaft vor dem Aus stehen. Geplant waren sogar mas-
39 sive Kürzungen für das Programm „Demokratie Leben“, die
40 erst nach vehementen Protesten zurückgezogen wurden.
41 In Zeiten, in denen parteipolitisch organisierte Faschistin-
42 nen und Faschisten und gewalttätige Neo-Nazis gemein-
43 sam marschieren, verhallen Forderungen nach einer sub-
44 stantiellen Aufstockung der Mittel folgenlos.

45 Darum fordern wir:

- 46 • Dass das Land Berlin dem Beispiel NRWs folgt und
47 die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA anerkennt.
- 48 • Damit die Arbeitsfähigkeit der VVN-BdA nicht be-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 einträchtig wird, soll die Vollziehung der Bescheide
50 zur Zahlung/Steuerzahlung ausgesetzt werden.

- 51 • Politisches Engagement der kritischen und demo-
52 kratischen Zivilgesellschaft muss im Zuge der an-
53 stehenden Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts
54 durch das Bundesfinanzministerium gestärkt und
55 zweifelsfrei abgesichert werden!
- 56 • Wir brauchen ein „Demokratiefördergesetz“, das
57 seinen Namen verdient und eine nachhaltige und
58 bedarfsgerechte Finanzierung zivilgesellschaftlich
59 getragener Projekte sicherstellt.

60

61 Wir werden diese Forderungen so lange und so laut ver-
62 treten, bis sie umgesetzt werden. Mit den #unteilbar De-
63 monstrationen und dem gemeinsamen Einstehen auf der
64 Straße haben wir alle auch ein Versprechen auf Solidarität
65 miteinander abgegeben.

66 Berlin, den 28.11.2019

67 Diese Erklärung wurde von Aktiven und Organisatio-
68 nen aus dem #unteilbar-Bündnis initiiert. Weitere Initia-
69 tor*innen und Unterzeichner der Erklärung unter unteil-
70 bar.org/gemeinnuetzig